

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: Bei Amtlichen Postanstalten
jährlich Mk 1 20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.

Erkheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redaktion: Guido Seidler in Biedrich.

Nassauisches Tagblatt.

Nassauische Zeitung.

Nassauischer Generalanzeiger.

Nassauische Neuzeit Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Amtliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Anzeigenpreis: f. d. 6gespalt. Colonietzelle
oder deren Raum 15 Pfg., Kleinere 50 Pfg.
Redaktion u. Expedition: Biedrich a. H.,
Kathausstraße 16. Telefon Nr. 41.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler
vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Diedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Glarheim, Frauenstein, Georgenborn, Hegloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim, Medienbach, Nauord, Nordendstadt, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicker, Wildschafen.

Nr. 141.

Dienstag, den 26 November 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

18 Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Nr. 599.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 13. November 1918 ausgestellten Vergütungsanerkennnisse über gemäß Ziffer 1-2 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 in den Monaten Juli 1916, Juni-Dezember 1917, Januar-Mai 1918, August 1918 gewährte Kriegseinkünfte im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der Regierungshauptkasse bzw. den zuständigen Kreisstellen gegen Rückgabe der Anerkennnisse in Empfang zu nehmen.

Es kommen die Vergütungen für Naturalquartiere, Naturalverpflegung, Ställe und Futter in Betracht. Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus noch besonders mitgeteilt, welche Vergütungsanerkennnisse in Frage kommen und wieviel die Zinsen betragen.

Auf den Anerkennnissen ist über Betrag und Zinsen zu quittieren. Die Quittungen müssen auf die Reichshauptkasse lauten. Der Zinsenlauf hört mit Ende dieses Monats auf. Die Zahlung erfolgt gültig an die Inhaber der Anerkennnisse gegen deren Rückgabe. Zu einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Wiesbaden, den 18. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Nr. 600.

Der hiesige Regierungs-Präsident ist als Demobilisationskommissar für das den Regierungsbezirk Wiesbaden umfassende Demobilisations-Amt ernannt worden. Ihm steht der Bezirksbeirat zur Seite, der aus Vertretern von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Gemeindefunktionen, sowie der Arbeiter, Soldaten und Bauernräte zusammengefasst ist. Die Geschäftsstellen des Demobilisationskommissars befinden sich im Regierungsgebäude in der Bahnhofstraße.

Von dem Demobilisationskommissar werden nur die allgemeinen Fragen der Demobilisation für den Regierungsbezirk bearbeitet, namentlich die Richtlinien angegeben, um die gesamte Bewegung einheitlich in die richtigen Bahnen zu leiten.

Die Einzelausführung der wirtschaftlichen Demobilisation liegt den Demobilisationsausschüssen ob, die für die Stadt- und Landkreise unter Vorbehalt der Oberbürgermeister und Landräte gebildet sind. In diesen Ausschüssen sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten.

Ziel der wirtschaftlichen Demobilisation ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, namentlich Entlassung von Soldaten, Unterbringung in Heimat und Arbeit, Regelung der Arbeitszeit, Böhne, Streckung der Arbeit, Inangabringung der Betriebe, Rohstoffwirtschaft, Rohstoffarbeiten, Erwerbslosenfürsorge.

Anfragen aus dem Gebiete der wirtschaftlichen Demobilisation sind nicht an den Demobilisationskommissar, sondern an die Demobilisationsausschüsse oder ihre Vorstände zu richten, da diese, wie bemerkt, die eigentliche Detailarbeit verrichten und vom Demobilisationskommissar zu vorläufigen Regelungen ermächtigt sind.

Wiesbaden, den 22. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

von Heimbürg.

Nr. 601.

Bekanntmachung.

Mehreren Ortsgruppen sowie dem Volksbildungsverein in Biedrich, wurde von den Beiträgen zur Kriegswirtschaft, herausgegeben von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts,

Heft 43: „Die Kaffee-Ergebnisse vor und während der Kriegszeit“,

überwiesen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Kreisleserverein für den Landkreis Wiesbaden.

von Heimbürg.

Nr. 602.

An die Herren Landräte.

Während die Meinungen über die Schädlichkeit oder Nützlichkeit der einzelnen Tiergattungen vielfach auseinandergehen, herrscht in Fachkreisen Uebereinstimmung darüber, daß die Sperlinge, und zwar eben sowohl der Hausperling (passer domesticus), wie der Feldperling (passer montanus) ganz vordringend schädlich sind. Bei der großen Verbreitung dieser Vogelarten fällt der Schaden wirtschaftlich bedeutend ins Gewicht. Unter den jetzigen Ernährungsschwierigkeiten ist es um so empfindlicher. Als Maßnahmen zur Minderung der Sperlingsplage kommen zur Winterszeit besonders das Fangen der Sperlinge in den Ställen und das Schießen der sich noch Schneefall auf schneefrei gemachten mit Futter bestreuten Plätzen anfallenden Sperlinge mit Bogendunst in Betracht.

Bei stärkerer Kälte pflegen sich Sperlinge in größerer Zahl in den Ställen einzufinden, wo sie dann leicht an die Fenster getrieben und gefangen werden können.

Wenn bei Schneelage die Sperlinge nach Schneefrei gemachten Plätzen durch Futter angelockt werden, können sie mit einem Schuß in größerer Anzahl erlegt werden. Als Bodennahrung kann vom Heuboden entnommener Unkrautsamen dienen. Die Sperlinge fressen, besonders wenn der Abbruch zu Beginn des Winters geschieht, ein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel dar, das sicher noch leichter, wie dies bereits bei den Saatfrüchten geschieht, in den Ställen abgehoben wird.

Berlin W. 9, den 5. November 1918.

Ministerium für Landwirtschaft u.

Nr. 603.

Bekanntmachung.

betreffend die Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf. Im Einkommen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bestimmen ich für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes:

1. Rohstoffe jeder Art, insbesondere Leder, Metall und Textilstoffe, die in ihrer jetzigen Form ohne weitere Bearbeitung zu Friedenszwecken verwendet werden können, dürfen zur Erzeugung von Kriegsmaterial nicht mehr verarbeitet werden.

2. Keine Munitionsbetriebe sind am 22. November 1918 still zu legen. Als solche kommen in Betracht:

a) Munitionsbetriebe, die vor Ausbruch des Krieges der Metallindustrie nicht angehörten,

b) Munitionsbetriebe, die nicht in der Lage sind, sofort eine größere Anzahl ihrer Arbeiter mit Friedensarbeit zu beschäftigen.

3. Gemischte Betriebe.

Den Stammbetrieben der Metallindustrie wird gestattet, ihre Herstellung von Gegenständen, die lediglich Kriegszwecken dienen, allmählich abzubauen. Die Erzeugung solcher Gegenstände ist jedoch spätestens am 6. Dezember 1918 abends völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Der Demobilisationskommissar:
J. B. gez. Rötter.

Nr. 604.

Noch viele hunderttausend Zentner Hackfrüchte, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen.

Werden diese Feldfrüchte nicht bald geerntet, vernichtet sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unersehlicher Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung.

Es ergeht daher an alle Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden der dringende Ruf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeitskräfte aufzubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnellstens zu vollenden.

Die Landwirte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zusage eines angemessenen, die heutigen Lebensverhältnisse berücksichtigenden Lohnes schnellstens anzufordern.

Sind sie darin lässig oder verzögern die Ernte durch die Verweigerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Berlin, den 18. November 1918.

Für das Kriegsernährungsamt: Barm.

Für das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer.

Für das Ministerium des Innern: Dr. Breitscheid, Hirsch.

Zur Beachtung.

für Kommunalverbände, Kommissionäre und Mäulen. Wir weisen wiederholt auf die Notwendigkeit hin, aus den groben Abgängen der Dreschmaschine und dem Erreuer das Mutterkorn auslesen zu lassen. Für die menschliche und tierische Ernährung kann das Mutterkorn infolge seines starken Giftgehaltes sehr schädlich werden, während der daraus gewonnene Extrakt als Arzneimittel ausgezeichnete Verwendung findet und besonders in den Bazillarien dringend gebraucht wird. Bisher konnte der Bedarf nicht annähernd gedeckt werden, so daß es unbedingt erforderlich ist, dem Aufkommen mehr Beachtung zu schenken. Die Ware kann jederzeit in kleinen Mengen unter Mitteilung an unsere Unterabteilung „Mutterkorn“ per Postpaket an unsere Adresse nach hier gesandt werden. Wir zahlen bei freier Lieferung 12 Mark pro Kilo.

Reichsgeldestelle, Geschäftsabteilung

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 11. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Nr. II. Kornst. 7980.

von Heimbürg.

Warnung für die Selbstversorger.

Das Hamstern und die Schleichverforgung mit Boden-erzeugnissen aller Art, namentlich aber mit Kartoffeln hat in den meisten Gemeinden des Kreises einen Umfang angenommen, der die Sicherstellung nicht nur der unbedingt zu erfüllenden Pflanzlieferungen, sondern auch die eigene Versorgung im Kreise auf das Schwerste gefährdet.

Wer dem Schleichhändler und dem Hamstereur Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unserem Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleichhändler und Hamstereur genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Volk und für die Front liefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Ration der Selbstversorger herabsetzen! Jeder Landwirt weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Landwirt und jede Landfrau möge sich also sagen: Das, was ich der Schleichhändler und der Hamstereur zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, muß ich später selbst mit meinen Angehörigen aus meinen Vorräten noch mehr hergeben.

Die Erzeuger von Bodenfrüchten verwarne ich daher wiederholt aufs Eindringlichste, Kartoffeln, Getreide u. a. an Hamstereur und Schleichhändler abzugeben. In allen Fällen in denen die Erzeuger ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber dem Kommunalverband nicht nachkommen, wird ein Eingriff in die für die eigene Versorgung belassenen Vorräte unausweichlich sein.

Wiesbaden, den 12. Oktober 1918.

Der königliche Landrat.

von Heimbürg.

Bekanntmachung.

1. Alle Verwaltungsbehörden in Stadt und Land werden hierdurch aufgefordert, unter Heranziehung der zur Auf-

rechterhaltung der Ordnung gebildeten Organisationen mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß

alle Versprengten

angehalten und möglichst zu kleinen Trupps unter Führung eines Offiziers oder Unteroffiziers zusammengefaßt werden. Sie sind den nächst durchmarschierenden oder in der Nähe liegenden geschlossenen Truppeneinheiten zuzuführen, die sie ihrem Verband unter Meldung an die vorgelegte Dienststelle eingliedern. Nur so kann eine geordnete Verpflegung, Unterbringung und Rückkehr in die Heimat wie richtige Entlassung gewährleistet werden.

2. Soldaten, die ihnen dienstlich anvertraute Sachen, wie Bekleidungsstücke, Waffen, Pferde, Vieh usw. veräußern, machen sich des Diebstahls oder der Unterschlagung schuldig, sie handeln pflichtverrätterisch und schaden der Gesamtheit des Volkes. Sie werden unmissverständlich gerichtlich verfolgt werden und haben auf spätere Begnadigung nicht zu rechnen.

3. Versteht jedes ehrerbietende Soldaten wie der Bevölkerung ist es, solche Schandthaten zu verhindern und Schuldige zur Anzeige zu bringen.

Wer andererseits solche Sachen von Soldaten erwirbt, setzt sich der gerichtlichen Bestrafung wegen Hehlerei § 259 St.-G.-B. aus.

M. O. R. 5.

Erinnerung.

Die Stadt- und Gemeindefunktionen werden an baldige Einzahlung der dritten Rate Kreissteuern für 1918 auf unser Bankkonto bei der Nassauischen Landesbank erinnert.

Wiesbaden, den 19. November 1918.

Die Kreisfunktionskasse. Fischer.

Nichtamtlicher Teil.

Der Waffenstillstand.

Berlin. Volksbeauftragter Scheidemann teilte mit, daß am Donnerstag wahrscheinlich größere Bestandteile deutscher Truppen bei ihrem Rückmarsch gefangen genommen werden seien, aber bei den schweren und drückenden Waffenstillstandsbedingungen hätten die Rückmarschzeiten nicht immer innegehalten werden können. Die Franzosen gingen bei dem Rückmarsch in die von uns geräumten Gebiete sehr rigoros vor, während die Amerikaner viel mehr Verständnis zeigten. Es scheint festzustehen, daß in Schleifstadt deutsche Truppen gefangen genommen worden seien, bevor der Termin der Räumung überhaupt abgelaufen war.

Freie Forderungen.

Die französischen Blätter beschäftigen sich anlässlich der Beilegung Elch-Bohringen mit der Festlegung der Grenzen dieser beiden Provinzen. Der „Temps“ veröffentlicht eine Karte, worin unter der Bezugnahme auf die Grenze von 1815 der Bezirk von Landau und das Saarbrücker Gebiet als zu Frankreich gehörend bezeichnet wird. Der „Petit Parisien“ verlangt die Herausgabe dieser Bezirke, namentlich von Saarlouis, Saarbrücken und Landau an Frankreich. Er fordert ferner die Abgabe in dem Friedensvertrag, daß niemals wieder deutsche Garnisonen auf das linke Rheinufer kommen dürften. Ein derartiger Vorschlag ist zur Sicherstellung von Paris vor neuen, wenn auch unwahrscheinlichen Geleiten Deutschlands notwendig.

Die Gegenrechnung.

Anlässlich der Aufmachung der Kriegskosten durch den „Kain“ dürfte es wohl angebracht sein, auch den Herren Franzosen einmal eine Rechnung aufzumachen. Warum sollen wir haltmachen bei dem Kriege 1870/71? Wir können doch noch etwas zurückzahlen, beispielsweise auf die Raubzüge Ludwigs XIV. und die Verwüstungen der Pfalz, wovon ja heute noch festzustellen ist, daß das damalige Deutsche Reich nicht die Schuld daran trägt. Rechnen wir, daß die Verwüstungen, Kriegskosten usw. durch die Raubzüge nur etwa 40 Millionen betragen haben, so haben wir, wenn wir Zins und Zinseszinsen zu 5 v. H. rechnen, heute eine Forderung an die Franzosen von sage und schreibe rund 1950 Millionen. Ferner wird kein Mensch behaupten wollen, daß wir etwa Napoleon I. zu seinen Kriegszügen veranlaßt hätten, die dem jetzigen Gebiete des Deutschen Reiches 2 Milliarden gekostet haben, wovon aber niemals etwas bezahlt worden ist. Kapitalisiert ergibt das mit Zins und Zinseszinsen 190 Millionen. Die unermessliche und völkerrechtswidrige Hungerblockade Englands gegen das Deutsche Reich kann man mit etwa 10 000 Mark für jeden einzelnen Kopf nicht zu gering rechnen; bei 70 Millionen Einwohnern ergibt dies einen Schaden von 700 Millionen. Unsere Forderung an den Verband mag sich also auf rund 2840 Millionen belaufen, wenn wir genau so rechnen, wie die Leute es tun. Dabei wäre ja noch festzustellen, ob nicht etwa Frankreich und Rußland einen viel größeren Anteil am Ausbruch des Weltkrieges haben, als Deutschland, was unbedingt (wenigstens nach unseren jetzigen Kenntnissen) behauptet werden muß. Und Frankreich ist stets in viel höherem Grade als England eine dingende Gefahr für Deutschlands Frieden gewesen, wenigstens in den letzten fünf Jahrhunderten; bei dem demnächst zu gründenden Völkerbunde ist jedenfalls auf Sicherung zu bringen, daß dieser Friedensförderer ebenso unerschütterlich gemacht wird, wie der deutsche Militarismus unerschütterlich ist.

Verorgung des Heeres mit Bekleidung und Ausrüstung.

Wba Berlin, 22. November. Die Aufrechterhaltung der Versorgung des Heeres mit Bekleidung und Ausrüstung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die Bestände der Truppenteile, Behörden, Bekleidungsämter und Bekleidungs-Instandsetzungsämter vorgenommen werden. Verfügungen nicht zutreffender Behörden, ebenso von Arbeiter- und Soldatenräten über die Ausgabe von Bekleidungsstücken müssen daher im Interesse der Allgemeinheit unbedingt unterbleiben. Soweit solche getroffen worden sind, müssen sie sofort rückgängig gemacht werden.

G. H. e., Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

Die französischen Verluste an Toten.

Paris, 23. November. Der Vizepräsident des Heeresauschusses im französischen Senat Doumergue erklärte, daß die Verluste Frankreichs an Toten 1 1/2 Millionen Mann betragen.

Das Los der gefangenen Deutschen.

Ab Berlin, 22. November. In weiten Kreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene zum Wieder aufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf die Tatsache, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstandes die gefangenen Kriegsgefangenen zurückgegeben habe, sein eigenes aber nicht erhalte. Alle diese und ähnliche Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat nie mehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen Töche zu Gunsten anderer Kriegsgefangener folgendes erreicht:

1. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weiter fortgesetzt.

2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge bezüglich Behandlung, Beförderung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.

3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Bräutigamvertrages geregelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Ein Telegramm Hindenburgs.

Ab Berlin, 22. November. Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung: „Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeit fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich eine Rechtfertigung für die Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies ausdrücklich zu betonen, weil aus den Behauptungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, schließen werden.“

Von der Heeresgruppe Gallwitz.

Ab Berlin, 21. November. Die Heeresgruppe Gallwitz berichtet: Das Entlassen in die Heimat ganzer geschlossener oder weite Teile von Verbänden (Bücherei-Kolonnen, Pioniere, Fernsprech- und Telephon- sowie einzelne auf eigene Faust zurückkehrende Mannschaften) durch die Feinde und Soldatenräuber dauert fort. Die Führung und Ernährung des ordnungsmäßig zurückkommenden Selbstheeres sowie die Herstellung von Übergängen über den Rhein dadurch aufs höchste gefährdet, ist, sind energische Maßnahmen der Reichsregierung erforderlich, um ihren klaren Weisungen Gehör zu verschaffen. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Weier und Frankfurt. Es wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Die Übergabe der deutschen Kriegsschiffe.

Ab London, 21. November. Reuters. Die deutschen Kriegsschiffe, die heute übergeben wurden, bestanden aus neun Schiffschiffen, fünf Schlachtschiffen, sieben leichten Kreuzern und 30 Zerstörern. Ein der vereinbarten Zahl fehlte somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtschiff und ein leichter Kreuzer. Es wurde inoffiziell berichtet, daß diese Schiffe später übergeben würden. Ein leichtes Kreuzer fehlte bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine an. Die große Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Fährs, wo sie nachts über Bord geworfen, um dann nach Goya weiter zu fahren.

Ab Amsterdam, 22. November. Nach einer Reutersmeldung aus London schreibt die „Daily Chronicle“: Was immer in Zukunft mit den deutschen Kriegsschiffen geschehe, wird wir können sicher sein, daß Deutschland sie niemals zurückbekommen wird.

Die deutsche Lebensmittelnot.

Abna Berlin, 22. November. Vom Staatssekretär des Kriegsversorgungsamtes, Baum, erhalten wir folgende Mitteilungen: In der ausmüßigen Presse hat es viele Bemerkungen erregt, daß Deutschland kurz vor der Hungersnot stehe. Ich möchte die frühere Regierung erklären, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bei dem Schluß des Krieges gesichert war. Wie sich jetzt zeigt, ist die Lebensmittelversorgung Deutschlands früher viel zu geringfügig eingeschätzt worden. Das kommen die Folgen der militärischen Niederlagen: in den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr 1.500.000 Menschen und 200.000 Pferde untergebracht und versorgt. Die Beziehungen mit der Ukraine und mit dem Kubangebiet sprachen noch Anlaß der damaligen Machtverhältnisse. Die Zufuhr an Getreide und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man an dem See- und Dampferwege große Mengen von Getreide und Vieh heranschaffen zu können. Dies alles ist mit einem Schlag zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei Kartoffeln. Das kommt, daß die letzten trügerischen Ereignisse das rollende Material in Anspruch nahmen und dadurch die Winterernte der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Mangel brachte. Mit dem Ausbruch des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsgefangenen, auf deren Arbeit die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblieben und sind bei dem unerwartet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monat eine geringere Ertragskraft an Schlachtochtern und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit 2 Jahren mühte in unseren Viehbestand tief eingegriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischproduktion aufrecht zu erhalten. Dabei konnten selbst Milchvieh nicht gehalten werden, woraus sich für die Kinderernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die einschneidenden Folgen ergeben müßten.

Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen überhöhten Rückmarsch und Rücktransport des Heeres ist eine ordnungsmäßige Verwaltung des Proviantes und dessen weitere Nachführung in die Heimat unmöglich geworden. Deshalb wird die Not noch durch die uns aufzuerwartende über längere Abgabe der Transportmittel, wodurch Stockungen im Verkehr zwischen Städten, Städten, Nahrungsmitteleinzelhändlern, Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in manchen Gegenden die kritischen Gewalten die Versorgung ihres Wirtschaftskreislaufes den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit vorzuziehen, so daß bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planlos dem unregelmäßigen Verbrauch zugeführt werden.

Durch alle diese Bedingungen ist eine Lage entstanden, in der nur schleunigste Heranschaffung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor Hunger bewahren kann, selbst wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage zur Ablieferung aller erntefähigen Feldfrüchte und zur genauen Innehaltung der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen bereit ist. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat völlig ungehörig funktioniert, so steht doch in Folge Mangels an Nahrungsmitteln und Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt, das große Versorgungsdefizit in den Hauptwohnbezirken durch rechtzeitiges Einsetzen der in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfeleistung und einer unmittelbar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen in auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.

Warnung vor Bolschewismus.

Aus zuverlässiger Quelle wollen verschiedene Blätter berichten können Wilson habe durch Bestimmung einer neutralen Regierung der letzten Periode die Regierung mitteilen lassen, er wolle ernstlich davon, in Berlin Unruhen zu stiften oder einen neuen Krieg zu entfachen. Die deutsche Regierung in Berlin antwortete, daß die Entente entschlossen sei, den Waffenstillstand zu kündigen, wenn diese Warnung kein Gehör finde.

Eine deutsche Note an die Gegner.

Ab Berlin, 22. November. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

„Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten beschlossenen Grundsätze eines Rechtsfriedens wandte sich die deutsche Regierung an die Regierungen der Vereinigten Staaten, um die Vermittlung eines Waffenstillstandes zu bitten. An Stelle des erwarteten, von Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit und vom Wunsch einer zukünftigen Verständigung her herbeigeführten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den erzielten Frieden nicht bringen, sondern die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und in der geordneten Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen die innergeprüfte Hand des Chaos und der Anarchie preisgeben, welche festeren Proteste gegen dieses der Menschlichkeit abgelehnte Verfahren sind, umherzuverhüllen. Was die Härte des Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet, ist dem Deutschen die Wiederherstellung der Selbstbestimmung unmöglich zu machen, so ist doch unsere Feinde in der Lage, die vordere, daß diese Bedingungen nicht mehr stichhält, denn die deutsche Volk will die Selbstbestimmung nicht wieder beginnen um ein es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrichtigkeit der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.“

Somit nach Abschluß des Waffenstillstandsverhandlungen wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell wie möglich Veränderungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bitte ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann und ob die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedensverhandlung Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gegnerischen und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung von unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Vorwand zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn die Forderungen als Rechtsfriede geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen in rechtlich streitigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung muß diesem, vom Präsidenten aufgestellten Grundsatze gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Glog-Bohringen getroffenen Maßnahmen, ebenso wie das Verbot der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bundesstaaten, die dem deutschen Volk gegenüber die Deutschen nicht anders als als Feinde, den Entscheidungen der Friedenskonferenz m'lemt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung schärften Protest ein. Nur Befinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, den Frieden und sein Recht zu fordern.

Berlin, 23. November 1918.

(gez.) Solff, Staatssekretär.

Die Unversöhnlichkeit der Franzosen.

Ab Berlin, 21. November. Von aus unrichtiger Selbstenkenntnis folgende Lausachen, die mit eindringlicher Deutlichkeit, mit wieweil unersöhnlichen Haß und Mißtrauen der Franzosen die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen gedenkt.

Die deutschen Delegierten bei der Waffenstillstandskommission haben einen außerordentlich schweren Stand. Marbache besteht in allem auf seinem Schein und hält seine Vertreter als Erfüllung der unüberwindlichen und zum archaischen Teil natürlichen, aber nicht erfüllbaren Bedingungen des Waffenstillstands rückwärts. Alle von den deutschen Vertretern vorgebrachten Einwendungen und Vorstellungen bleiben ohne Erfolg. Marbache läßt sich eben nicht überzeugen und vertritt sich durch Lausachen, die auf jeden militärischen Sachverhalt und auf jeden wirtschaftlichen Verhältnisse ohne weiteres überzugehen müßten, ähnlich abweisend. Die Forderungen, welche die Durchführung der militärischen Bedingungen auf das Wirtschaftliche, auf das der Entente, sowie auf die Ernährung und inneren Wirtschaft des deutschen Volkes auswirken, haben trotz der eindringlichen Darlegungen seitens der deutschen Vertreter bisher nicht die nötige Beachtung gefunden. Das deutsche Volk darf sich keinen Illusionen hingeben. Es hat einen erbarmungslosen Feind vor sich, der nicht vorzubeugen, sondern bittieren will. Die nicht an Verständigung denkt, sondern mit roher Gewalt einen Teil der Bevölkerung von dem Friedensschluß erwartend, schon während des Waffenstillstandes in die Schlinge zu bringen hofft. In der Sitzung vom 1. November hat der Vorsitzende der deutschen Kommission, General v. Winterfeldt, nach einmal festerlich gegen eine derartige wirtschaftliche Durchführungs des Waffenstillstands Protest erhoben. Protest wurde vom französischen Vorsitzenden mit den Worten erwidert: „Non a pas de réponse a donner.“ (Eine Antwort erübrigt sich.)

Das wahre Frankreich.

Berlin. Nichts ist notwendiger, als daß man sich über die in Deutschland über die Gefinnungen und Absichten, die heute in Frankreich herrschen, völlig klar ist. Dieser Klarstellung möge dienen, was ein führendes Mitglied der mit den Verhandlungen über Friedensangelegenheiten mit den Vereinigten Staaten betrauten Kommission, das kürzlich aus der Schweiz zurückkehrte, über seine in Ausland gewonnenen Eindrücke berichtet und was sich folgendermaßen zusammenfassen läßt:

Die Begeisterung in Frankreich über den gewonnenen Krieg nach allen nur gewordenen Mitteilungen geradezu unbeschreiblich. Man geht durchaus fest, wenn man annimmt, daß die revolutionäre Bewegung, die sich in Deutschland Bahn gebrochen hat, in absehbarer Zeit auch auf Frankreich überreifen werde. Der Land ist völlig vom Siegesrausch erfüllt. Man glaubt daher ruhig zusehen zu können, wenn in Deutschland die revolutionäre Bewegung um sich greift und sich von einer geordneten Republik zu einem hemmungslosen Unfuh und zum Chaos und zur Anarchie entwickelt. Aus ungeordneten Zuständen in Deutschland werden unsere Gegner alsdann das Recht herleiten zu können, Deutschland zu befehlen. Die Franzosen hoffen dadurch einen geradezu fantastischen Reichtum zu stellen. Ich weiß von Franzosen, die selbst bei nächtlichen Gesprächen erklärt haben, daß es für

Frankreich keinen Frieden geben dürfe, ehe nicht ebenso viele deutsche Städte und Dörfer zerstört worden seien als französische.

Wichtige Klärung bringt auch das, was man von Deuten hört, die Gelegenheit gehabt haben, sich über die Auffassung derjenigen französischen Persönlichkeiten, die mit der Ausführung des Waffenstillstandes befaßt sind, zu überzeugen. Sie berichten, daß sich die Franzosen engberzig und mißtraulich jedem Hinweis, daß die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen beim besten Willen unmöglich sei, mit äußerster Hartnäckigkeit verweigern. Sie bestehen auf der unbedingten Erfüllung. Die maßgebenden französischen Persönlichkeiten sind der Meinung, auch bei streitiger Durchführung der Bedingungen sei in Deutschland keine Störung der Ruhe und Ordnung zu befürchten. Auf den Verhandlungen müßten drängt sich unabsehbar der Eindruck auf, daß die Franzosen von steter Mißtrauen und von unbefriedigtem Haß und Rachegedanken gegen uns erfüllt sind. Gegenwärtige Rücksicht oder Schonung auch für die deutsche Zivilbevölkerung liegt ihnen gänzlich fern. Den unterirdischen deutschen Persönlichkeiten, die sich die Überzeugung aufgedrängt, daß die Franzosen befeßt sind, um möglichst lange Zeit hinaus militärisch und wirtschaftlich zu lähmen zu machen. Anstandslos dieser Feststellung kann man nur noch hoffen, daß schließlich doch noch der weitere Blick und die ruhigere Überlegung der Engländer und Amerikaner zur Besserung Deutschlands und damit Europas vor furchtbaren Gefahren sich geltend machen wird. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der Vornarr in einer Befragung der französischen Absichten bemerkt: Ein möglicher Einfluss, der von den französischen Sozialisten ausgeht, würde, ist nicht zu bemerken; jedenfalls ist er, trotz alles guten Willens, den wir voraussetzen, nicht durch.

Wer wird Köln befehlen?

Amsterdam. Belgische Truppen sollen, wie ein blesiges Blatt berichtet, demnächst in Aachen, Essen und Köln einrücken. Die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht erscheint schon dadurch zweifelhaft, daß Essen überhaupt nicht in das befehlte, auch nicht in das neutrale Gebiet gehört. Die „Aberie“ behauptet, Köln und Umgebung würde von Engländern besetzt werden. Dies würde das in Übereinkommen, daß die Engländer den linken Flügel der Front bilden.)

Amerikanischer Vormarsch auf Koblenz.

Ab Washington, 22. November. General March teilt mit, daß Koblenz als Ziel des amerikanischen Vormarsches bestimmt sei.

Englische Warnungen an ungenannte Adressen.

In einem Leitartikel über die Frage des Friedens. „Times“ schreibt die „Times“: Es ist dringend notwendig, daß während der Zusammenkunft der Vertreter ihrer Regierungen so wie möglich miteinander in Verbindung bleiben, damit die Gefahr von Ueberraschungen vermieden werden kann und die Möglichkeit von Gegenfragen in unvereinbaren Friedensprogrammen ausgeschlossen bleibt. Man muß, wenn nötig, den Versuch, durch ständige Bewegung umstrittener Gebiete von vordereiten Rechte zu über, gehörig entgegenstellen. Es ist Aufgabe der Friedenskonferenz, die Grundlage für einen Frieden zu schaffen. Dabei darf in keiner einer Verbandsmacht die Lust auf der Friedenskonferenz werden. Der einzig sichere Weg für jede Verbandsregierung ist, daß sie ihr Friedensprogramm mit reichlichem Sinn und Rücksicht auf die Rechte und Erfordernisse aufstellt, die andere eintend machen können, und zwar so, daß dieses Programm sich im glücklichen Verlauf aller Beteiligten aufdrängt.

Zweifel an den deutschen Lebensmittelschmelzungen. Der „Kaiser“ erhält ein Telegramm aus New York, monach dort berichtet, daß Deutschland nach den jüngsten Berichten nicht vor dem April 1919 Lebensmittel aus Amerika bedürfte. Es steht fest, daß die ersten Warnungen darauf berechnet waren, Mißgefühl zu erwecken, so fügt der „Kaiser“ gebläht hinzu.

Ab Bern, 22. November. Die „Appenzeller Zeitung“ schreibt: Nach-Bohringen ist vorläufig für Deutschland verloren. Daran ist nicht zu zweifeln. Selbst wenn eine Volksabstimmung stattfinden sollte, so würde sie natürlich mit erschütternder Mehrheit für Frankreich ausfallen, das ja in der Frage ist, eine Volksabstimmung zu seinem Sinne zu lenken und etwaige deutsch-französische Streitigkeiten in seine zu unterdrücken. Wird nicht aber ein Tag der Ermächtigung kommen, wo sich Tausende zeigen werden, was sie der deutschen Kultur und der verfallenen deutschen Verwaltung alles verdanken haben und was ihnen ihre neue Heimat nicht zu bieten stande ist? Denn in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung war es alte Deutschland der französischen Republik ganz bedeutend voran und von jenen ungeheuren Aufschwung der deutschen Wirtschaft in der Zeit zwischen dem 1870-1871 deutschen Krieg und dem 1. Weltkrieg. Auch Glog-Bohringen mächtig profitiert. Das hört nun mit einem Male auf. 200.000 sind wieder einem Staat angegliedert, der vor allem auf dem sozialen Gebiet vor dem riede noch recht rückständig war und voraussichtlich auch nach dem riede noch lange so bleiben wird.

König Alberts Einzug in Brüssel. König Albert hat am Freitag seinen feierlichen Einzug in Brüssel gehalten. Die ganze königliche Familie sitzt an der Spitze der Truppen. Amerikaner eröffnen den Zug, dann folgen Franzosen, Schotten, Engländer und liegt eine gemischte belgische Division.

Tages-Rundschau.

Die Nationalversammlung.

Ebert über die Einberufung.

Ab Berlin, 22. November. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich heute abend gegenüber dem Berliner Vertreter der „Befreiung“ über die Einberufung der Nationalversammlung ge-demachen:

„In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. November hat die Regierung sich für Einberufung der konstituierenden Versammlung erklärt, die auf Grund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts und auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengelegt werden soll. Ich kann Ihnen erklären, daß mir an dieser Auffassung auch heute noch nichts festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeitern und Soldatenräten aus dem ganzen Reich und aus den besetzten Gebieten und von den Gewerkschaften und Parteiorganisationen Rundgebungen in großer Zahl zugegangen, die alle entschieden sich gegen eine Diktatur und für die Einberufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen. Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche behauptet gekämpft, gegen der Ruffallenheit Deutsches: „Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben.“ Die Vorbereitungen der Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet worden. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Beratung der Nationalversammlung nicht überstürzen. Zur Zeit fluten unsere Truppen von allen Seiten zurück. Gleichzeitig vollzieht sich eine gewisse Verschiebung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter. Hier muß erst wieder eine gewisse Festigkeit eintreten, damit auch wirklich alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber auch vor der Meinung, daß die Nationalversammlung so bald wie möglich einberufen werden soll, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen. Für meine Partei ändert es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. Ich bin fest davon überzeugt: für Deutschland ist die gesetzgebende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.“

Scheidemann über die Gefahren des Bolschewismus.

Für die Einheit des Reiches steht in einem Artikel des „Vorwärts“ der Volksbeauftragte Scheidemann mit sehr viel Energie ein. Er weist auf die Gefahr hin, daß das Reich zerfallen könnte, und auf die Bedrohungen, die von feindlicher Seite in jeder Richtung im Gange seien. Der König von Bayern habe erst kürzlich einen Separatfrieden mit der Entente zu machen. Diese Gefahr sei beseitigt worden, aber jetzt bestehe Gefahr von ganz anderer Seite. Aus Straßburg werde mitgeteilt, daß dort am Samstag Befestigungen mit der Obersten Heeresleitung der Franzosen (Kriegsfinden) haben sollten. Deren Gegenstand die Schaffung einer Republik der süddeutschen Staaten und des Rheinlandes gewesen sei. Die Gründung solle beschleunigt werden, falls nicht schleunigst die Sicherheit der gegenwärtigen Regierung gewährleistet werden sollte. Dann fährt Scheidemann fort: „Die Unversöhnlichkeit der Regierung sollert man aus der ungenügenden Tätigkeit der Sozialistengruppe, die durch ihre Presse, durch Tugendkritiken und Lieben besonders die Soldaten für den Bolschewismus mobil zu machen befeßt ist. Mir grobem Bolschewismus muß gesteuert werden, daß diese ungenügend informierten Männer und Frauen die Gefahr des Bolschewismus nicht erkennen und ihn befeßt oder unbewußt Vorhand lassen. Der Bolschewismus hat das russische Volk vollständig zu Grunde gerichtet. Der russische Bolschewismus arbeitet in der ruffischen Welt gegen alles und jedes, was nicht mit ihm ist. Die bei uns während der Kriegszeit ausgeübte Zensur war eine Kinderkrieger im Vergleich zu der ruffischen Zensur in Rußland. In dem bolschewistischen Experimentierwerk der Herren Lenin und Rofel wurde, trotz und trotz, das arme Volk viel mehr als unter der schlimmsten Zensur herrschaft geerd eines der Blutkuren. Rußlands Handel und Industrie sind unter. Was aber bedeutet der Bolschewismus in Deutschland, wenn man ihn vorstellt mit Deutschlands hochentwickelter Wirtschaft? Eine Kleinigkeit! In Deutschland ist es hundertmal mehr zu erreichen als in dem unglücklichen östlichen Nachbarland. In diesem Reich also würde Krieg und Unruhen noch größer werden als in Rußland, wenn der Bolschewismus die Oberhand gewinnt. Es ist Unfug, zu behaupten, Bolschewismus ist Sozialismus. Sozialismus ist planmäßig zur höchsten Produktivität gefestigte Arbeit, Bolschewismus ist Desorganisation der Arbeit und,

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Wiesbad.

Die Landwirtschaftskammer hält am Mittwoch wieder eine Pferde-Versteigerung ab. (Siehe heutige Anzeige.)

Zur Frage der Verkehrsverbindungen mit dem vom Verband besetzten Gebiet sei noch einmal darauf hingewiesen, daß auch der Personen- und Güterverkehr ungehindert aufrechterhalten wird.

Wohna Bei den Waffenstillstandsverhandlungen wurde von dem gegnerischen Verhandlungsführer auf deutsche Anfrage klar ausgedrückt, daß sich das Requisitionsrecht der Besatzungstruppen im besetzten deutschen Gebiete lediglich auf Gegenstände bezieht, die für den Unterhalt der Besatzungstruppen erforderlich sind und daß solche Requisitionen durch Vermittlung der deutschen Lokalbehörden erfolgen sollen.

Die Kälte der letzten Tage hat recht unerwünscht früh eingesetzt. Es wurden hier in der Nacht zum Samstag 7 Grad, in der Nacht zum Sonntag sogar 9 Grad festgestellt. Ein großer Teil der Feldfrüchte, besonders Kartoffeln, ist noch nicht eingebracht und zweifellos hat die scharfe plötzliche Kälte viel Schaden angerichtet, was umso bedauerlicher ist, als wir in diesem Winter ganz besonders auf die reifliche Ausmähung der Ernte angewiesen sind. Ferner war einer großen Anzahl von Familien die Kohlenversorgung noch nicht möglich, so daß ihnen die frühe Kälte sehr unangenehm kommt. Aber auch unseren heimkehrenden Kriegern, die jetzt in andauernden Gewaltmärschen der Heimat zukücheln, fehlt die Kälte schwer. Da ist es erfreulich, daß es sich ansehend nur um eine vorübergehende Kälteperiode handelt, denn seit heute ist ein Umschlag zu verzeichnen, und das Thermometer zeigte heute vormittag nur noch 1-2 Grad Kälte. Hoffentlich trägt diese Aussicht nicht.

Freibriedenmörder ermittelt. Aus einem hiesigen Fabrikbetriebe wurde kürzlich durch Einbruch ein Treibriemen gestohlen. Unterer Kriminalpolizei gelang es, den Täter zu ermitteln. Es ist ein mit Jugendhaus vorbestrafter Arbeiter, der seit kurzem in der betr. Fabrik arbeitet und in Wiesbaden wohnt. Die in dessen Wohnung mit Hilfe der Wiesbadener Kriminalpolizei vorgenommene Hausdurchsuchung förderte außer dem gestohlenen Treibriemen, der bereits in Stücke zerhackt war, noch andere zweifelsohne von Diebstählen herrührende Gegenstände zu Tage. Der Treibriemen wurde der geschädigten Firma wieder ausgehändigt. Der Täter bestritt anfänglich hartnäckig die ihm zur Last gelegte Tat, bequeme sich aber schließlich nachträglich zu einem Geständnis und gab an, daß ein befreundeter Arbeiter den Riemen von der Maschine abgehakt und mit seiner Hilfe weggebracht habe. Der angegebene Mitarbeiter konnte nicht mehr ermittelt werden, da die hier arbeitenden Begleiter familiär abgereist sind. Der Täter kam in Haft und wurde dem Amtsgericht Wiesbaden zugeführt.

Wb Die preussische Regierung ordnete am 18. November folgendes an: Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu Gemeinderatsmitgliedern, Stadtverordneten-Versammlungen (Bürgermeister-Kollegien), Kreisräten (Amtsversammlungen), Provinziallandtagen, Vertretungen der Zweckverbände finden bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht statt. Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die die Ergänzungswahlen nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert.

Wb Die Reichsversicherungsordnung sieht bei Betriebsunfällen und ähnlichen Angelegenheiten, Handlungen- und Apothekergehilfen, Lehrern, Erziehern, Bühnen- und Orchestermitgliedern sowie Schiffen eine Höchstgrenze des jährlichen Arbeitsverdienstes vor, über die hinaus sie der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen. Diese Grenze, die jetzt 2500 Mark beträgt, erweitert sich bei den gegenwärtigen Teuerungserhältnissen als durchaus unzureichend. Eine Verordnung des Rats der Volksbeauftragten legt sie daher bis auf weiteres auf 5000 Mark herauf. Gleichzeitig wird sie erst durch die Reichsversicherungsordnung eingeführte Höchstgrenze des jährlichen Gesamtverdienstes von 4000 Mark befristet, über die hinaus eine freiwillige Selbstversicherung und Weiterversicherung bei Krankenkassen nicht fortbestehen dürfte. Die neue Verordnung tritt am 2. Dezember 1918, d. h. mit Beginn einer Arbeitswoche in Kraft. Versicherungsbedingte, die während des Krieges infolge Lebensschreitens der angegebenen Höchstgrenzen aus ihren Kassen ausgeschieden sind, können sich binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften zur weiteren freiwilligen Versicherung bei ihrer Krankenkasse melden. Die inzwischen trotz Lebensschreitens der Höchstgrenzen tatsächlich fortgesetzte Mitgliedschaft soll nachträglich nicht mehr angefochten werden. Die wieder oder neuversicherungspflichtigen Personen sind von ihren Arbeitgebern rechtzeitig bei der Kasse anzumelden; doch ist die erstmalige Meldefrist bis zum achten Tage nach dem 2. Dezember 1918 verlängert worden.

Erst des Generals von der Marwitz. Der Oberbefehlshaber der 5. Armee, General der Kavallerie von der Marwitz richtete folgenden Erlaß an die Bevölkerung von Mainz und der Rheingegend: „Ich bin an der Spitze der 5. Armee am Rhein eingetroffen. Damit geht die militärische Kommandogewalt in meine Hand über. Die ersten Fronttruppen werden heute den Rhein erreichen. Hinter mir folgen mehrere Hunderttausend Mann brauner deutscher Soldaten, die bisher tapfer dem Feind die Seiten geboten haben, und die ich auf Befehl der Obersten Heeresleitung und im Einvernehmen mit der Volksregierung über den Rhein zurückführen muß. Die Rückführung der Armee ist nur möglich, wenn meine Befehle und Anordnungen bedingungslos Folge geleistet wird. Ich muß verlangen, daß alle Behörden und die Einwohner meinen Anordnungen über Rast, Unterkunft und Verpflegung der Truppe bis ins kleinste unbedingt Folge leisten werden. Wer dagegen verfährt, verflucht sich nicht nur an unserm Vaterlande, dem wir alle gleich dienen, sondern auch an dem Wohl unserer tapferen Soldaten, die uns bisher vor dem Schlimmsten bewahrt haben. Herrscht keine Ordnung, so steht die Armee und das schöne Land, durch die sie marschiert, unbedingt in wenigen Tagen vor einer Hungersnot. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich bereit erklärt, mich in der Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Ich bitte alle einsichtigen Bewohner beiderlei Geschlechts und alle Kameraden, mich in meiner schweren, dem Vaterlande und meiner Armee dienenden Aufgabe zu unterstützen. Ich bin andererseits aber gewillt, mit offen mit zu stehenden Rechten meinen Anordnungen Geltung zu verschaffen. Das tapferste, aus Feindesland zurückkehrende Heer kann von der Heimat verlangen, daß man ihm den Weg durch die Heimat mit allen Mitteln ebnet. Nur auf diese Weise wird Deutschland vor einem völligen Zusammenbruch und einer Hungersnot bewahrt werden können.“

Wb Amnestie im Reiche. Der Justizminister erläßt folgende allgemeine Verfügung: Allgemeine Vergebung am 25. November über die Vergebung von Straffreiheit: 1. Nach § 6 des Reichsgesetzes vom 12. November (R. G. Bl. S. 1303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niedergeschlagen. Nähere Ausführungsanordnungen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, Strafvollstreckungen wegen Straftaten, deren politischer Charakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Taten nicht mehr einzuleiten. Die Strafverfolgungsbehörden haben Verfahren wegen Beschuldigungen der in Rede stehenden Art nicht mehr zu betreiben und Urträge auf Aufhebung anstehender Termine zu stellen. 2. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über die Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, eine Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und bereits angeordnete Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen. Dr. Spahn.

Bermischtes.

Köln. Der Sohn einer Familie in Köln-Rath traf mit den Truppen von der Westfront hier ein. Seit 8 Monaten hatte man nichts mehr von ihm gehört, was namentlich seiner fränkischen Mutter sehr zu Herzen gegangen war. Er stieg ins Elternhaus und klang leise die Treppe hinauf, um seine Mutter zu überraschen. Die Tür der Wohnung war aber verschlossen. Eine Hausbewohnerin

teilte dem Geschreckten mit, daß man seine Mutter eben zu Grabe getragen habe. Der Unglückliche fand die Frauergemeinde noch auf dem Kirchhof. Die Teilnahme mit dem Geliebten, dessen Heimkehr sich so tragisch gestaltet hatte, war allgemein.

Wb Berlin. Das Tarifat der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses beschlossen, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses einen besonderen Buchdruckerat zu bilden, und zwar aus fünf Prinzipalen, fünf Gehilfen, einem Hilfsarbeiter und aus Mitgliedern des Tarifamts. Seine Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörige verbindliche Kraft. Für den Übergang zur Friedenswirtschaft wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen acht Stunden. Die bisherige Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Von den militärfrei werdenden Gehilfen sind in jeder Druckerlei in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Die Vermittlung von Kriegsbeschäftigten, soweit dieselben noch im Berufe tätig sein können, erfolgt von jetzt ab ebenfalls durch unsere Arbeitsnachweise. Für alle in diesen Beschlüssen nicht besonders behandelten Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis gelten die Vorschriften des deutschen Buchdruckerartafes.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 25. November 1918.

Heute wird, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, das Reich zum ersten Mal wieder in sichtbare Erscheinung treten. Die Einladung der Reichsregierung vereint die Vertreter der deutschen Freistaaten im Kongressaal des Reichskanzlerpalais, um, wie der Volksbeauftragte Ebert an den hiesigen Ministerpräsidenten telegraphierte, zum Ausdruck zu bringen, daß sie weit davon entfernt ist, die Freistaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen bei der Wiederaufrichtung des Reiches Wert lege. Mehrheitsbeschlüsse sind nicht zu erwarten. Aber in solchen liegt auch nicht der Wert der Freistaatenkonferenz, die vor allem die Aufgabe hat, den Zugehörigkeitswille in der Deutschen zu dokumentieren in dem Augenblick, da der Zerstückelungswille unter Segen so übermächtig ist, daß die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zweifelhaft geworden ist. Daß die Nationalversammlung, das vornehmste Mittel zur Reichsregierung, wie Ebert sagt, an erster Stelle der Erörterung stehen wird, ist sicher. Ebenso ist eine Erörterung der terroristischen Erscheinungen zu erwarten. Aber auch Ernährungs- und Transportprobleme, Demobilisierungs- und sonstige Lebensfragen für ganz Deutschland werden eingehend zu behandeln sein.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meint, dürfte die Reichsregierung ein politisches und wirtschaftliches Programm vorlegen, das, den Verhältnissen entsprechend, zunächst nur einen Übergangscharakter trage, sich jedoch bereits in der Richtung der geplanten Sozialisierung bewege. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zusammengetreten werde.

Aufruf an die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Wohna Berlin, 23. November. An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Genossen! Kameraden! Vor zwei Wochen habt ihr der Freiheit eine Gasse geöffnet. Euren Mut, eure revolutionäre Laune haben das alte System, die Militärdiktatur und den mittelalterlichen Monarchismus zertrümmert. Es gilt, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Jetzt gilt es, die Mächte der Gegenrevolution, die nach dem ersten Schreden aus ihren Winkeln herausgetreten, niederzuhalten. Der Volksgesundheitsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickt in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu übernehmen hätte. Der Volksgesundheitsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte macht sich aber keine Illusionen über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerhacken und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes. Der Volksgesundheitsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindliche Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschluß verbunden sind, Herr werde. Er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Hebelung beseitigt werden. Viele Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Volksgesundheitsrates von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell wie möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden muß. Solange eine gegebene Verammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschlands gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell wie möglich zu einer Delegiertenversammlung in Berlin zusammenzutreten. Schnell handeln! tut not. Es ist daher nicht möglich, ein einheitliches, allgemeines gültiges Wahlsystem vorzuschlagen. Wir empfehlen vielmehr, aus den zurzeit bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und nach Berlin zu senden. Die Delegiertenversammlung darf im Höchstfall nur 500 Mitglieder umfassen. Unter Augenbedeckung der Volksgesundheitsrat vom Jahre 1910 würde auf rund 100 000 Seelen ein Delegierter kommen. Für die noch bestehenden großen Heeresverbände ist auf je 100 000 Mann ein Delegierter zu wählen. Wir empfehlen, bei den Wahlen die Verhältniszahlen der in dem Bezirk vertretenen Arbeiter- und Soldaten zu berücksichtigen. Wir schlagen Euch vor, die Delegiertenversammlung spätestens am Montag, den 18. Dezember dieses Jahres im Sitzungssaal des preussischen Abgeordnetenhauses zu Berlin zusammenzutreten zu lassen. Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen, die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte maßgebenden Wahlsystems zu übernehmen, eine Entscheidung über die künftige gegebene Verfassung zu fassen und zu sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Genossen! Kameraden! Laßt uns einmütig handeln. Nehmt unseren Vorstoß an. Führt so schnell wie möglich die Wahlen durch. Ihr habt die Revolution gemacht. Laßt uns auch gemeinsam ihre Früchte ernten.

Der Volksgesundheitsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin.

Richard Müller. Wollensdorf.

Für die Offiziere.

Bergmann. Georg Meier. Saar.

Ende der Vaterlandspartei.

Berlin, 25. November. Die Deutsche Vaterlandspartei veröffentlicht eine Erklärung, daß sie ihre bisherige Tätigkeit einstellt. „Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen“, heißt es in der Erklärung.

Willon am Bord des „Kaiser Wilhelm“.

Willon wird sich am 4. Dezember am Bord des jetzt „Agamemnon“ genannten, früheren deutschen Dampfers „Kaiser Wilhelm“ einschiffen. Er wird während seiner achtstündigen vorher Anwesenheit den Palast des Prinzen Murat bewohnen.

Trauerkränze

In kleiner Ausführung und jedem Preis, sowie künstliche Blumen, arbeiten fertig geschmückt zu.

Blumengeschäft Louis Galla,

Wiesbaden, Bahnhofstr. 6. Fernr. 6976

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 11. September 1918 (R. G. Bl. S. 1109) über die Preise für Margarine und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 20. September 1918 wird hiermit für den Umfang des Landkreises Wiesbaden folgendes bestimmt:

§ 1.

Der Höchstpreis für den Verkauf von Margarine im Kleinhandel wird auf 4,02 Mark je Kilogramm festgesetzt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 9. November 1918.

Namens des Kreisaußschusses.

Der Vorsitzende.

von Heimbura.

Ausgabe von Kriegsgeld.

Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat die Ausgabe von Kriegsgeld in Gutscheinen von M. 5.—, M. 10.—, M. 20.— und M. 50.— beschlossen.

Die Ausgabe der Gutscheine erfolgt durch die Kassauische Landesbank.

Vom 22. d. Mts. ab gelangen zunächst die Gutscheine zum Betrage von M. 50.— in den Zahlungsverkehr. Die Gutscheine tragen folgenden Ausdruck:

Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Gutschein

über

Fünzig Mark.

Dieser Gutschein wird spätestens am 1. Februar 1919 zur Einziehung und Einlösung unter Bekanntgabe des Verfalltermins ausgerufen.

Die Einlösung erfolgt bei den Kassen der Kassauischen Landesbank (Hauptkasse und Landesbankstellen).

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Landesauswurf. Der Landesbankpräsident in Kassau.

Dr. a. Jbell. Dr. Alberti.

Kreisel.

Der Ausdruck der M. 50.— Scheine ist auf der Vorderseite in olivgrüner Farbe hergestellt. Darunter befindet sich ein Unterdruck mit dem Wappen des Bezirksverbandes in roter Farbe. Die Hinterseite zeigt in olivgrüner Farbe im Mittelfeld das Wappen des Bezirksverbandes. Beide Seiten sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe versehen. Das Papier enthält ein Wasserzeichen.

Wiesbaden, den 19. November 1918.

Direktion der Kassauischen Landesbank.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten

und Kupferstichdruck-Beilage

Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20

Probenummern kosten- und portofrei

Welt über 150 000 Abonnenten

Präm. Gold. Medaille



Paul Rehm,

Zahn-Praxis

Wiesbaden, Friedrichstr. 50, I

Zahnschmerzbesitzung Zahnziehen, Nervtöten

Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-

ersatz in div. Ausführungen u. a. m

Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins

Wiesbaden, Friedrichstr. 50, I

Die Landwirtschaftskammer für den Reg. B zirk Wiesbaden

läßt am Mittwoch, den 27. ds. Mts., vorm. 10 Uhr, vor der Rennbahn in Erdenheim bei Wiesbaden etwa

20 Pferde

meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Zu den Versteigerungen haben nur solche Landwirte und Gewerbetreibende Zutritt, die durch eine amtliche Bescheinigung nachweisen können, daß sie Zugocher benötigen.

Scheds können nur dann angenommen werden, wenn sie einen ordnungsgemäßen, mit Stempel und 2 Unterschriften versehenen Berner der Bank tragen, daß der Aussteller über ein Bankguthaben verfügt, das mindestens den Kaufpreis für die zu kaufenden Pferde deckt.

Karbid-Lampen

Sind in großer Auswahl

eingetroffen

Martin Decker,

Zentrale

Kadmaischensackstraße

Wiesbaden,

Krugasse 40,

Ecke Marktstraße.

Umformen von

Velour-

Saar- und Filzhüten

auf neuere Formen, Umarbeiten

von Samthüten in besserer Aus-

führung.

Jenny Matter,

Damenmod.

Wiesbaden,

Heinrichstr. 11. Tel. 3027.